

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelnenpreis: Die 8-spaltige Zeile 20 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsmarkt nach bel. Tarif, die 3-spaltige Neblamezeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 20 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8250.

Nr. 37

Freitag, den 13. Februar 1920

11. Jahrgang

Bankrott des Bolschewismus.

Um das Rheinland.

In den Betrachtungen unseres gestrigen Leitartikels, die aus Anlaß der neuen französischen Drohnote die besonderen französischen Absichten im Gegensatz zur englischen Entente-politik betonten, erhalten wir von einem gutunterrichteten Kenner aus Berlin folgende Ausführungen. Wenn darin der neueste Übergriff Wüsterlands in der Kohlenlieferung auch noch nicht erwähnt werden konnte, so ergänzen seine Darlegungen unsere Ausführungen hinsichtlich des Gegenstandes in der Entente doch sehr bemerkenswert.

Redaktion „Danziger Volksstimme.“

Man spricht sehr viel von den Personen, deren Auslieferung die Entente fordert, man soll dabei nicht übersehen, daß es eigentlich gar nicht um sie geht, sondern um die Zukunft des Rheinlandes. Das Land links des Rheins, das war der Punkt, auf den das militärische und annexionsistische Frankreich während des Krieges wie hypnotisiert eckstarrt hat. Wie feinerzeit unsere Generale bestimmte vorgedachte Grenzlinien als militärische Sicherungen gegen den Osten forderten, so forderten die französischen Generale, um den nächsten Krieg gegen Deutschland bequemer führen zu können, den Rhein.

Der französische Annexionsismus war bei den geheimen Verhandlungen zwischen den Alliierten, in denen das Dokument von Versailles entstand, nicht in der Lage, diese rühmlich übertriebene Forderung durchzusetzen. Er gab deshalb aber seine Pläne nicht auf. Man kann den ganzen Friedensvertrag von Versailles aus diesem Gesichtswinkel heraus als ein Instrument betrachten, das den Zweck hat, die Vorsehung des Rheinlandes und seine dauernde Unterstellung unter französischen Einfluß entgegen dem Wortlaut des Vertrages gleichsam automatisch durchzusetzen.

Der Vertrag enthält eine Unmenge von Forderungen, von denen jeder Mensch weiß, daß Deutschland sie gar nicht erfüllen kann. Und diejenigen, die sie gestellt haben, wissen es am allerbesten. Denn wenn sie glauben würden, daß diese Forderungen erfüllbar seien, hätten sie ganz gewiß andere gestellt, die unerfüllbar sind. Es ist genau dieselbe Taktik, die die Machthaber des alten Oesterreich bei ihrem Ultimatum an Serbien befolgt haben. Man stellt dem Gegner Bedingungen, die er nicht erfüllen kann, damit man dann mit ihm, dem augenblicklich schwächeren, machen kann, was man will.

Herr Wüsterland hat in der Pariser Kammer triumphierend jene letzten Artikel des Dokuments von Versailles zitiert, die von den sogenannten Bürgschaften für die Durchführung handeln. In ihnen wird gesagt, daß die Alliierten die fünfzehnjährige Besatzungszeit im Westen nach Belieben ausdehnen können, wenn Deutschland die ihm auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllt. Frankreich ist, das beweist schon sein berückelter Geheimvertrag mit dem Jaren, in das linksrheinische Gebiet hineingegangen in der Absicht, nie wieder aus ihm herauszuweichen. Die voraussehbare und vorausgesehene Nichterfüllung der unendlichen Friedensbedingungen soll ihm den Vorwand dazu bieten.

Zu diesem Zweck hat Frankreich, das mit seinen direkten Forderungen bezüglich des Rheinlandes nicht durchdrang, die Auslieferung von Artikel und andere unendliche Bedingungen in den Friedensvertrag hineingebracht. Die englische Regierung hat aber schon im Dezember 1918 öffentlich erklärt, daß sie die französischen Annexionsabsichten nicht billigt. Ebenfalls wenig haben die anderen Mitbündeten ein Interesse daran, daß ein neues größeres Weltkathringen geschaffen wird, um das Ueberwölcht Frankreichs auf dem Kontinent für alle absehbare Zeiten zu sichern.

Die Verbündeten oder wenigstens ein Teil von ihnen, scheinen nun begriffen zu haben, daß Frankreich die Auslieferung als eine Gelegenheit behandelt, um das zu erreichen, was sie ihm nicht gewähren wollen. Daraus erklären sich die Meinungsverschiedenheiten in der Auslieferungsforderung, die allem Anschein nach im Lager der Entente entstanden sind.

Frankreich kann einmündig weder die Bedingungen erfüllen, noch den Charakter der Besetzung als solcher ändern. Dazu bedarf es eines Mandates der Gesamtheit der Entente, und dieses Mandat ist es augenscheinlich, um das sich jetzt letzten Grundes der ganze Streit unter den Alliierten dreht.

Das ist der wirkliche Stand der Dinge, den man neuerdings auch im Lager der französischen Sozialisten ein etwas besseres Verständnis entgegenzubringen scheint. Der Kampf um den Besitz des Rheinlandes wird in die Form eines Kampfes gegen den deutschen Militarismus gekleidet, und die in Frankreich populäre Forderung der Auslieferung wird als Vorpan zu annexionsistischen Zwecken mißbraucht. Es scheint, die französischen Sozialisten sehen allmählich ein, daß es nicht ihre Sache sein kann, sich zu einem solchen Vorpan herzugeben.

Im übrigen ist zu bemerken, daß die Begleitliste zur Auslieferungsforderung keinen Termin stellen, innerhalb dessen die Auslieferungen vollzogen werden sollen, und überhaupt

in keiner Weise den Charakter eines Ultimatums tragen. Ob die Antwort auf die deutsche Note vom 25. Januar einen solchen Charakter tragen wird, muß abgewartet werden. In der Tatsache, daß keine deutsche Regierung imstande ist, die Auslieferung zu vollziehen, könnte ja auch durch ein Ultimatum nichts geändert werden. Das Rheinland wird aber von Deutschland niemals aufgegeben werden, und wenn es den Franzosen gelänge, sich dieser Beute einstweilen zu bemächtigen, so würde der Kampf um sie niemals aufhören. Nach der offenen oder versteckten Annexion des Rheinlandes durch Frankreich würde es in Deutschland nur noch sehr wenige Pazifisten geben. Das Programm der meisten Deutschen würde dann lauten: Wiedergutmachung des Unrechts, wieder Vereinigung des gewalttätig zerrissenen Deutschland, wenn es geht, auf friedlichem Wege. Aber nur, wenn es geht!

Abkaffung der Arbeiterräte in Rußland.

Es geht offensichtlich mit Riesenschritten abwärts in Rußland mit der seit jeher nur durch blutigsten Terror aufrecht erhaltenen Gewalt Herrschaft der Lenin, Trotzky und ihrer Anhänger. Mit der Auflösung der russischen Nationalversammlung und der Unterjochung vor allem der sozialistischen Presse, begann ihr Kampf gegen das heilige Menschenrecht der Demokratie. In weiterer Folge preßten sie auch den in ihren schwulstigen Agitationsphrasen verhimmelten Soldaten und Arbeiter jeden Schein von Recht ab. Die Soldatenräte sind längst ins alte Eisen geworfen. Man holte die zaristischen Offiziere zurück und führte eine Diktatur ein, wie sie blutiger und mörderischer kein Jar aufrecht erhalten hat. Dann rief man notgedrungen die kapitalistischen Betriebsleiter zurück. Man mühte sich, von der Not getrieben, begreifen, daß der Kapitalismus nicht bloß Ausbeutung, sondern vor allem ein wirtschaftliches System ist, das sich nur durch eine organische Entwicklung, wie gerade Karl Marx es überzeugend nachweist, zu höheren Wirtschaftsformen emporführen läßt.

Mit diesen Maßnahmen begnügten sich die verzweifelte Bolschewiki aber nicht. Sie haben das Wirtschaftsleben Rußlands so völlig verwüstet, daß sie selber den Achtstundentag aufhoben, um die Arbeitsfreudigkeit wieder zu beleben. Und nun hat ihr völliger Bankrott sie auch nicht vor der Auflösung der von ihnen noch unlangst für heilig erklärten Arbeiterräte zurückschrecken lassen. Nach einer Meldung der „D. Z.“ aus Helsingfors vom 12. Februar veröffentlicht das amtliche Sowjetorgan „Iswestija“ folgenden Erlaß:

„Die Fabrikräte und die Komitees der Arbeitervertreter, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Industriezentren geschaffen wurden, erwiesen sich entgegen ihrer Bestimmung als die Ursache großer Schäden. Sie haben zur Demoralisierung der Arbeiterschaft und zur völligen Zerschlagung der Fabrikanrichtungen geführt. Angesichts dieser Umstände ist die Regierung gezwungen, die Arbeiterräte aufzulösen.“

Wollte man bloß schadenfroh sein, so könnte man nichts dringender wünschen, als daß unsere unheimlichen und kommunistischen Raubbeiden allesamt in das russische Paradies ihrer Sehnsucht versetzt werden können. Der praktische Anschauungsunterricht im Russischen Lande lenkt ihnen und auch uns außerordentlich nützlich sein. Leider muß aber bemerkt werden, daß der totale Zusammenbruch des Bolschewismus von den Gegnern des Sozialismus diesem aufs Konto gesetzt wird und vor allem auch das Selbstbewußtsein der Kapitalisten gewaltig getrübt wird. Das ist eben der Fluch der Barbarei der Diktatur, daß sie naturgemäß die ihr durchaus wesensverwandte Reaktion der Gegenseite bis zum Höchstmaß stärkt. Deshalb ist es die besondere Aufgabe der Sozialdemokratie, sich auch in dieser Beziehung als die sozialistische Kulturpartei zu erweisen und dafür zu sorgen, daß der russische Staatsbankrott des diktatorischen Terrors als praktisch wertvoller Anschauungsunterricht der gesamten Arbeiterschaft die Ueberzeugung gibt, daß nur die demokratische Gleichheit alles, was Menschenanständig trägt, uns die Zukunftsgesellschaft sozialistischer Freiheit bringen kann.

Die Abstimmung in der zweiten Zone.

Flensburg, 12. Febr. Auf Grund einer Eingabe der interalliierten Kommission ist die Abstimmung für die zweite Zone von Nordschleswig auf Sonntag, den 14. März verschoben worden.

Mit dem Verlust der ersten Abstimmungszone mußte in Deutschland gerechnet werden. War in diesem Gebiet doch auch bei den Reichstagswahlen stets ein Däne gewählt worden. Anders liegen die Dinge in der jetzt zur Abstimmung kommenden zweiten Zone. Diese hat eine deutschsprachige Mehrheit und wenn in den nächsten Wochen von Deutschland eine gleich großzügige Agitation getrieben wird wie in der ersten Zone von Dänemark, so ist zu hoffen, daß wenigstens dieser Teil Schlesiens der deutschen Republik erhalten bleibt.

Zusammentritt des Völkerbundes.

Der Rat des Völkerbundes ist in London zu einer Sitzung zusammen getreten. Zu Berichterstatern wurden ernannt: Balfour für die Frage des Beitritts der Schweiz zum Völkerbunde, Ferraris für die Geschäftsordnung, Couamano für das Saargebiet, Symans für Danzig, Bourgeois für den ständigen internationalen Gerichtshof, Quenones de Leon für den Transitverkehr, Da Cunha für die Regime, Mostail für den polnischen Rinderkehrsvertrag.

Der Berichterstatter für den Freistaat Danzig, Paul Symans, ist ein bekannter belgischer Politiker und Gelehrter. Er war vor dem Kriege Führer der belgischen Uebereignen und bekleidete während des Krieges mehrere Regierungsposten. Er ist mit den Verhältnissen in Deutschland gut vertraut, da er es auf mehreren Reisen besucht hat.

Die englischen Liberalen für Revision des Friedensvertrags.

Der Führer der Liberalen im englischen Unterhaus Sir David Maclean hat einen Änderungsantrag betreffend die Revision des Friedensvertrages eingebracht. Er erklärte, daß auch der französisch-englisch-amerikanische Vertrag abgeändert werden müsse.

Bei der Debatte über den liberalen Änderungsantrag im Unterhaus, in dem die Unmöglichkeit der Ausführung verschiedener Bestimmungen des Friedensvertrages hervorgehoben wird, erklärte Maclean, für die von Deutschland zu leistenden Wiedergutmachungen sollte eine endgültige Summe festgelegt werden. Die Länge der Liste der Kriegsverbrecher mache das ganze Verfahren praktisch undurchführbar. Wenn das Verfahren in irgendeiner Weise durchgeführt werden sollte, würden langjährige internationale Gerichtshöfe die Folge sein.

Hilfe für Mitteleuropa.

London, 12. Febr. (Reuter.) Unterhaus. Chamberlain erklärte: Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Hilfeleistung für Mitteleuropa sei die britische Regierung bereit, neben den bereits bewilligten 12½ Millionen Pfund Sterling einen weiteren Beitrag beizusteuern, der nicht mehr als die Hälfte der von den Vereinigten Staaten beigesteuerten Summe ausmache und 10 Millionen Pfund nicht übersteige.

Deutschland ist von diesem Hilfswert ausgeschlossen, da für die Entente „Mitteleuropa“ nur die Staaten Deutsch-Oesterreich, Tschecho-Slowakei und Polen umfaßt.

Die Auslieferungsforderung.

Eine Antwort auf die deutsche Forderung ist bisher nicht eingegangen.

Präsident Fehrenbach beabsichtigt die Nationalversammlung zum 24. Febr. einzuberufen. Sollte bis dahin das Material zu der Auslieferungsforderung nicht vollständig vorliegen, daß es zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden kann, so wird die Nationalversammlung in der Erledigung der laufenden Vorlagen fortfahren.

Wie der „Vorwärts“ aus Frankfurt am Main meldet, nahm eine Vertrauensmännerversammlung der dortigen sozialdemokratischen Partei eine Entschließung gegen die verlangte Auslieferung deutscher Volksgenossen an. Eine gerichtliche Untersuchung ohne Ansehen der Person sei zu verlangen. Die Angeklagten müßten aber vor ein unparteiisches deutsches Gericht gebracht und dürfen nicht der Nachsicht der schuldbehafteten Gegner ausgesetzt werden.

Die Neuwahlen zum Reichstag.

Dem Vernehmen nach sollen die Neuwahlen zum deutschen Reichstag im Juni stattfinden. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht fehlt bisher.

Französisch-englischer Gegensatz.

Die Verstimmung, die zwischen den beiden europäischen Hauptmächten der Entente wegen der Auslieferungsbarelei entstanden ist, scheint erheblich ernster zu sein, als es anfänglich schien. Die bemerkenswerte Entwicklung dieses Gegensatzes tritt auch in einer Äußerung des Pariser „Temps“ hervor, die die „D. Z.“ aus Genf unter dem 9. Februar wiedergibt. Die Äußerung des Blattes muß um so mehr beachtet werden, als es mit französischen Regierungskreisen stets gute Fühlung gehalten hat. Die Meldung der „D. Z.“ führt aus:

„Der „Temps“ schlägt gegen England einen Ton schärfsten Befremdens an, wie er seit Bestehen des Bündnisses wohl noch nicht gehört worden ist. Die ganze Welt wisse, daß die Bestrafung nur darum einen so bedeutenden Platz in den Friedensbedingungen einnehme, weil Lloyd George es so für die Wahlen brauchte. Noch auffällender ist die Form des englischen Vorgehens. Von bisherigen Gebräuchen abweichend, treffen die Häupter der Alliierten diese Woche in London zusammen. Nichts hindere sie, bis dahin zu warten zur Aufrechterhaltung gemeinsamer Front. Ende vorigen Jahres sollte England den größten Teil deutschen Hofesgerätes erhalten. Infolge dieser endlosen Verhandlungen wurde die Gefangenschaft Deutscher in Frankreich verlängert, der ganze deutsche Jörn also gegen Frankreich gerichtet. Die auch jetzt von Lloyd George ausstehenden Maßnahmen werden wiederum, da England nicht nachgiebig wird, Frankreich von den Deutschen zur Last gelegt. Der „Temps“ schlägt eine große Propaganda vor durch Verbreitung der Schuldigenlisten in der ganzen Welt. Durch Weltabstimmung droht Deutschland moralische Verurteilung, wenn es mit notorischen Verbrechern sich solidarisch erklärt. Wenn Lloyd George preukische Reaktionen glauben macht, daß es ihnen gelinge, die Entente zu zerreißen, so arbeite er gewiß nicht für die Festigung der deutschen Demokratie und des internationalen Friedens. Wer heute Deutschen erlaubt, sich ungestraft um Hindenburg zu scheren, müsse später zur Verantwortung gezogen werden.“

In der deutschen Parteipresse wird das Drängen Frankreichs in der Auslieferungstrage von einem offensichtlich guten Kenner der Verhältnisse wie folgt den Machenschaften des neuen Ministerpräsidenten Millerand zugeschrieben:

„Das Geheimnis ist noch nicht enthüllt, wie es Millerand gelingen konnte, die Zustimmung Englands zur Abfassung der Auslieferungsliste in ihrer jetzigen Form zu erhalten. Denn daß es bloß Millerands Werk ist, daß entgegen Englands anfänglichem Widerspruch, doch die Anträge auf Auslieferung so zahlreicher Deutscher gestellt wurden, muß als feststehend gelten. „Havas“ hatte zwar vor einer Woche eine Meldung der Londoner „Evening News“ demontiert, daß England für die Herabminderung der Zahl der Auszuliefernden eintrete; dennoch war diese Nachricht richtig, und erst Millerands eindringlichem Zureden gelang es, die englische Regierung zu bewegen, den verhängnisvollen Schritt mitzumachen. Was Millerand mit dieser Aktion bezweckt, ist klar: Einerseits muß er seine Gestirnung bei den französischen Chauvinisten rechtfertigen, denen er durch die Ernennung Steegs zum Minister des Innern verdächtig wurde. Andererseits legt er es offensichtlich darauf an, Konflikte mit Deutschland herbeizuführen, um seine fast unhaltbar gewordene Stellung zu befestigen, von der er nur zu genau fühlt, daß sie, sobald Deschanel am 18. Februar den Präsidentenstuhl besteigt, ihr Ende nehmen muß. Millerand hat schon heute bewiesen, daß er keine einzige der Frankreich bedrohenden inneren Strahlen zu lösen imstande ist. Ob es ihm gelingen wird, seine Unentbehrlichkeit zu beweisen, wenn er in jeder Weise gegen Deutschland scharf macht, darf insofern bezweifelt werden. Wenn er darauf hinweist, daß England und Frankreich in der Frage der Auslieferung endlich wieder einmal geeint vorstehen, so mag das in Frankreich für kurze Zeit gute Wirkung tun; aber lange wird sich nicht verhergen lassen, daß in den weit wichtigeren Fragen, die Rußland und die Türkei betreffen, Englands Wege von denen Frankreichs weit auseinandergehen und denen gegenüber Englands Zustimmung in der Auslieferungstrage für Frankreich materiell sehr wenig zu bedeuten hat. Bedauerlich bleibt natürlich Englands Haltung in dieser Frage, indem es die Stimme der Vernunft, die kurze Zeit bereits sprechen zu wollen schien, rasch wieder zum Schweigen brachte und dem französischen Willkür den Gehorsam erwies, sich zu keiner Einsicht zu befehlen. Vorläufig wird also wieder einmal auf Kosten Deutschlands die französisch-englische Freundschaft notdürftig zusammengehalten. Sobald Millerand nach London reist, um die Lösung der türkischen und russischen Frage zu versuchen, darf man schon wieder mit einer Abkühlung dieser unnatürlichen Bundesgenossenschaft rechnen.“

Die Londoner „Daily News“ melden noch aus Paris über die Ereignisse vor der Abreise der Auslieferungsliste nach Berlin, daß der Botschafter ein jäher Wort mit Bezug auf die Liste flüchtig gesprochen habe, der mit der Niederlage der britischen Vertreter geendet habe. Millerand habe den Rat der Botschafter überzeugt, daß die Liste unverändert nach Berlin geschickt werden müßte. Er sagte, wenn man in dieser Frage nachgäbe, würden die Deutschen verlangen, daß der Vertrag auch in anderen Punkten abgeändert werde. Wenn der britische Standpunkt angenommen werde, bedeute dies, daß keine (Millerands) Erklärung in der Kammer, daß der Friedensvertrag, wie er unterzeichnet und ratifiziert sei, durchgeführt werden müsse, desavouiert würde.

Deutschland.

Ministerpräsident Hirsch über Preußens Lage.

Bei seiner jüngsten Anwesenheit im Rheinland hatte Ministerpräsident Hirsch eine Unterredung mit einem Redakteur unseres Kölner Parteiblattes „Rheinische Zeitung“. Er äußerte sich zunächst über die speziellen Verhältnisse des Rheinlandes, teilte dann mit, daß die Entwürfe der preußischen Verfassung und der Verfassung der Gemeinden fast fertig gestellt seien und die Demokratisierung Preußens vollendet würden. Dann erklärte sich Gen. Hirsch zu den voraussetzlichen im Herbst stattfindenden preußischen Wahlen. Über ihren Ausfall könne er natürlich nichts sagen. „Aber“, so fuhr er fort, „das ist mir klar: die Lage wird es erzwängen, daß sich die heutigen Mehrheitsparteien auf gewisse pro-

grammatische Grundlinien verständigen und sich nicht gegenseitig aufs heftigste bekämpfen. Eine Parole wären Kampf gegen die äußerste Rechte. — Kampf gegen die äußerste Linke. Denn beide bedrohen die Demokratie. Ich bin von der Überzeugung durchdrungen, daß wir noch auf absehbare Zeit eine Koalitionsregierung haben müssen, die den Bestand des Neugeordneten sichern muß.“

Schließlich kam das Gespräch auf den Belagerungszustand. „Das ist unsere bitterste Pille“, meinte Hirsch. „Aber was sollten wir tun? Wir haben versucht, ohne ihn auszukommen. Es hat sich aber gezeigt, daß unsere Hoffnungen trügerisch waren. Wir griffen erst zu dem Mittel, als wir uns gegen Gewalt wehren mußten, die unser Werk des mühseligen Aufbaues unterwühlte und ganz Preußen-Deutschland mit dem Zusammenbruch bedrohte. Ich sehe den Tag herbei, an dem wir den Belagerungszustand für immer zum alten Eisen werfen können. Kommen kann er aber erst, wenn alle Schichten sich vom Gewaltgedanken abkehren und sich zu schöpferischer Mitarbeit bekennen.“

„Ich weiß kein Alibi“, damit schloß Hirsch, „das den Weg zur schnellen Rettung aus Druck und Hunger weist. Alles hängt davon ab, daß unsere Wirtschaft befestigt wird. Ihr die systematische, verantwortungsbewußte Arbeit der Millionen Hände entzogen, dann steht das Ende vor der Tür. Doch noch sehe ich nicht schwarz. Ich kann nicht daran zweifeln, daß der gute Geist der deutschen Arbeiterklasse, ihr wieder erklärendes Schaffenswillen, ihre Mitarbeit an der von ihr entscheidend beinflussten neuen sozialen Gemeinschaft uns vor dem Zusammenbruch bewahren werden.“

Dieses Programm in demokratischer Kulturpolitik findet durchaus unsere Zustimmung.

Kommunisten gegen die Auslieferung.

In der Beurteilung der außenpolitischen Dinge haben die Kommunisten häufig mehr Verständnis bewiesen als die Unabhängigen. Das zeigte sich schon beim Friedensschluß im vorigen Jahr, wo den Unabhängigen der Gewaltfriedensvertrag nicht schnell genug unterzeichnet werden konnte, während die Kommunisten auf die Vergewaltigung des deutschen Volkes durch die siegherauschten Diktatoren hinwiesen. Auch bei der jetzigen Auslieferungstrage zeigen sich die Kommunisten als viel verständiger für die Not des deutschen Volkes als die Unabhängigen. Das zeigen die Auslassungen der unabhängigen und kommunistischen Presse. So schreibt die unabhängige „Hamburger Volkszeitung“:

„Es ist eine Frage, wenn ein großer Teil der Presse behauptet, daß die Mehrheit des deutschen Volkes von einer Auslieferung der Kriegsverbrecher (die Auslieferungsliste selbst ist überschrieben: „Liste der Schwersten und Schwerverbrecher“) nichts wissen will. Im Gegenteil, so mancher unter uns wird auf der Liste manchen Namen vergeblich suchen und eine Verpöhlung derselben für angebracht halten. Es ist nichts als eitle Spiegeleffekte, sich heute in großen Entrüstungsdemonstrationen zu ergehen. Die Ententemächte sind die Sieger, und unsere Pflicht ist es, unter Volk nicht noch in größerem Unglück hineinzuführen. Die Zeit des Komödientheaters ist vorbei. Jetzt heißt es „Handeln!“

Die ebenfalls in Hamburg erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ dagegen will nicht das Odium auf sich nehmen, für die Auslieferung einzutreten. Sie tabelt nur die ansehnliche Ohnmacht der gegenwärtigen Regierung, bezeichnet aber v. Dörmers Tod als „immerhin menschlich zu nennen“ und teilt die Auffassung, daß sich keine Organe bereithalten würden, die Verhaftung und Auslieferung der Profiteure durchzuführen.

Wir stellen diese beiden Stimmen nicht zusammen, um Enttäuschung gegen das unabhängige Blatt zu erheben, da wir der Überzeugung sind, daß das überflüssig sein dürfte. Wir möchten nur zeigen, daß die Entente, falls sie darauf spekulieren sollte, daß eine Einkreisung ihre Scherendienste leisten würde, sie sich darin stark irren könnte. Des weiteren werden auch die Unabhängigen daraus erkennen können, daß links von ihnen man die Frage der Auslieferung unter ganz anderen Gesichtspunkten betrachtet, als sie es tun.

Bereits im Mai schrieb das Organ der russischen Bolschewisten, die „Rostower „Pravda“, die deutschen Unabhängigen hätten nur die mit Arbeiterblut besetzten Stiefel der französischen Generale ab. Genau wie damals steht die Unabhängigen die Rolle der bedingungslosen Unterwerfung aus. Diese Zeit des Stiefelnehmens ist bei den Unabhängigen noch nicht vorbei.

Herzogs nationaler Bloß.

Während das Gros der Alldeutschen die hinter der jetzigen Regierung stehenden Parteien mit den müßigen Mitteln einer Farneseischen Färbung bekränzt, läßt der flüchtige Führer „Staatsminister a. D.“ Herzog eine andere Latz ein. Er hat offenbar erkannt, daß auch der flüchtige Wahlmann der Alldeutschen keine Mehrheit für eine Regierung schaffen wird; auch Heroldet er wohl mit Recht, daß die Deutsch-nationale Partei, selbst unter Hinweisung der deutschen Parteipresse, für eine Regierungsbildung bei den jetzigen Verhältnissen keine transaktive Basis bilden würde. Deshalb hat Herzog sich mit den weiter links stehenden Parteien anzubündeln, in erster Linie mit dem Zentrum, um vielleicht auf diese Weise einen größeren Bloß zustande zu bringen, in dem die Rechte zwar nicht allein herrschend, aber tonangebend sein würde.

In Münster, einer Zentrumsgegend, hat er jüngst sein Programm entworfen und als dessen Ziel im Gegensatz zu dem „vermählten Bloß der Mitte“ den „nationalen Bloß“ bezeichnet. Dieser nationale Bloß soll bei der äußersten Rechten beginnen, aber, wie Herzog betont, nach links hin keine Grenze haben. „Wer deutsch fühlt“, laut Herzog, „wer den Gedanken der nationalen Einheit und der Verantwortung seinem Volke gegenüber empfindet, der muß diesem Bloß beitreten. Jeder, der so denkt, wird dann mitkommen sein. Mit diesem Bloß werden wir in den Wahlkampf treten.“

Man sieht, Herr Herzog ist nicht kleinlich. Seine Gedanken schweben weit über ein Bündnis mit dem Zentrum, das ja schließlich auch andere Deutsch-nationale propagieren, hinaus. Er sieht schonbar schon im Geiste die Deutsch-nationalen, vielleicht sogar auch die Reichssozialdemokraten oder Teile von ihr im Schlepptau der Deutsch-nationalen.

Wir müssen diese schönen Illusionen des Herrn Herzog mit rauber Hand zerreißen. Gerade die jetzt brennende Auslieferungstrage hat gezeigt, daß die nationale Einheitsfront nicht herzustellen ist. Und zwar deswegen, weil national im alldeutschen Sprachgebrauch etwas ganz anderes bedeutet, als das gesunde nationale Empfinden, dessen sich auch die

Mehrheitssozialdemokratie rühmen kann und das durch die internationale Gesinnung nicht etwa ausgeschlossen wird, sondern harmonisch mit ihr Hand in Hand geht.

Wenn die Alldeutschen das Wort national gebrauchen, so meinen sie den schrankenlosen Chauvinismus, der das eigene Volk kritiklos vergöttert, das fremde Volk durch die trübe Brille des Hasses und Neides sieht, der keine Gerechtigkeit kennt, sondern dem alles gut ist, was der Macht- und Herrschaftserweiterung des eigenen Landes dient. Wir verstehen unter national die natürliche und angeborene Liebe zum eigenen Volke, die aber nicht blind macht, deren selbst begangene Fehler, die auch die Motive des Gegners zu würdigen und zu schätzen weiß und die niemals aus blinder Abneigung des eigenen Volkes die Grundsätze der Gerechtigkeit mit Füßen tritt.

Der nationale Bloß des Herrn Herzog würde unter dem Einfluß der Deutsch-nationalen nichts als ein chauvinistisches Gebilde werden, und da macht kein Sozialdemokrat mit Dieser Bloß wird uns in schärfster Opposition finden.

Verbot des Schleichhandels mit Edelmetallen.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Verordnung über den Handel mit Gold, Silber und Platin. Hiernach steht der An- und Verkauf von Reichsmünzen in Markwährung für einen ihren Nennwert übersteigenden Preis nur der Reichsbank und den von ihr ermächtigten Stellen zu. Weiterhin ist der Handel im Umherziehen von Haus zu Haus, auf öffentlichen Wegen, Plätzen und sonstigen öffentlichen Orten mit Gold, Silber und Platin und allen daraus hergestellten Gegenständen, vor allem jeder Hausier- und Straßenhandel mit allen Arten von Gold- und Silbermünzen verboten. Auch jegliche Werbung für den An- und Verkauf dieser Gegenstände auf der Straße und allen öffentlichen Orten ist verboten. Anzeigen in periodischen Druckschriften über Gold- und Silber ohne nähere Bezeichnung sowie über alle Gold- und Silbermünzen sind untersagt. Zeitungsanzeigen über sonstige Gegenstände aus Gold, Silber oder Platin dürfen nicht unter Chiffre veröffentlicht werden. Für Zuwiderhandlungen sind strenge Gefängnis- und Geldstrafen angedroht.

Die Verordnung kommt reichlich spät. In den letzten Wochen sind sowohl Millionen Gold- und Silber von den Hamsterern an die Schleichhändler veräußert worden, daß für den Kauf durch die Reichsbank wohl nicht mehr viel übrig geblieben ist.

Unabhängiger Generalstreik in Plauen.

Plauen (Vogtland), 12. Febr. Die Vorstehenden der Gewerkschaften und die Vertrauensleute der Betriebe beschloßen einen 24 stündigen Streik als Protest gegen die Anwesenheit der Reichswehrtruppen und das Verbot der unabhängigen „Volkszeitung“. Außer den lebenswichtigen Betrieben ruht die Arbeit fast vollständig. Zu Ruhestörungen ist es nicht gekommen.

Der von der Staatsanwaltschaft Plauen seit langem geführte Kommunistenführer Eisenbautechniker Max Holz, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt worden ist, ist Dienstag von Reichswehrtruppen verhaftet worden. Bei seinem Abtransport versuchten mehrere Männer den Verhafteten zu befreien, was jedoch nicht gelang. Er war in den vergangenen Monaten bereits viermal verhaftet, jedesmal aber durch seine Genossen wieder gewalttätig befreit worden.

Die Wirkung der Erbschaftsteuer.

In Deutschland gibt es massenhaft Leute, die der Meinung sind, daß man mit den Reichen noch viel zu gnädig umspringe. In Wirklichkeit ist die Steuerfrage in einer Weise angeordnet, die höchst spürbar wird, und die Betroffenen können über Konfiskation ihres Besitzes. Das wird sich erst ganz zeigen, wenn alle Steuern, auch die neue Reichseinkommensteuer, wirksam werden. Einstweilen sind die Anpassungen aber auch schon ganz nett spürbar. Folgender, der Wirklichkeit entstammende Fall wird der „B. Z.“ mitgeteilt:

In den ersten Tagen dieses Jahres starb ein hervorragender Großindustrieller mit Hinterlassung eines Vermögens von 20 Millionen Mark, welches an seine Erben, drei großjährige Kinder, fällt. Da er in den Jahren 1914 bis 1. Juli 1919 davon 5 Millionen zuerworben hatte, so gingen von der Erbschaft vorweg an Kriegsteuer für 1919 ab: 4 833 000 Mk., so daß nur 15 667 000 Mark verblieben — eine an und für sich auch noch schöne Summe. Aber die Schmelze folgte bald im Selbst des am 31. Dezember 1919 fällig gewordenen Reichsnotopfers, welches nach § 24 des Tarifs auf 11 834 550 Mk. beläuft und den Nachlaß fernerhin belastet. Es bleiben demnach noch 3 832 450 Mk. als Erbschaft, gemindert zunächst durch die Nachlaßsteuer von 154 622 Mk., so daß der reine auf die drei Erben entfallende Nachlaß 3 677 828 Mk. oder für jeden der Erben 1 229 276 Mk. beträgt. Hiervon gehen für jeden von ihnen die Erbschaftsteuer mit 231 060 Mk. ab, und da die Erben auch eigenes Vermögen besitzen, nach § 28 des Erbsch.-St.-G. noch weitere 100 Prozent, gleich 231 060 Mk., so daß sich der Vermögenszuwachs eines jeden auf 767 156 Mk. reduziert. Durch diesen Zuwachs erhöht sich weiterhin schon im ersten Besteuerungs-Jahre die Einkommensteuer nach dem bereits zur Veranlagung stehenden A.-Eink.-Steuergehalt § 20 um ungefähr 50 Prozent des Einkommens, hiernach, was der Abrundung halber auf ungefähr 17 156 Mk. angelegt werden soll, so daß jedem Erben zunächst etwa 750 000 Mk. als Erbschaft verbleiben werden. Hiervon dürften alsbald die noch bevorstehende Reichsvermögenssteuer, ferner entweder die Sparsparsteuer (3—10 Prozent) oder die Aufwandssteuer (3—30 Prozent) abfallen, so daß auch dieser Nettobetrag noch eine entsprechende Verringerung erfahren wird.

Man wird danach einigermaßen beaeckelt finden, wenn die Leute, die es angeht, auf die Revisionsregierung kämpfen und sich unverhohlen freuen, wenn auf den Reichsfinanzminister geschlossen wird. Daß sich aber auch noch Sozialdemokraten finden, die der Meinung sind, man schließe in Deutschland das Kapital, kann doch nur auf ihrer Unwissenheit beruhen.

Kinogefahren.

Einer unserer hervorragendsten Kunstgewerbetler, Peter Behrens, sagt über die Zukunft des Spielfilms: „Er ist die Erscheinung des modernen öffentlichen Lebens, die wie keine andere auf die weitesten Kreise wirkt. Darum liegt aber auch gerade in ihm die Macht eines hervorragenden Erziehungsmittels, die beste Möglichkeit für die Kulturschöpfung. Und da er eine bildliche Sprache spricht, die jeder versteht, so wirkt er nicht nur gleich faßlich auf jung und alt, auf jeden Stand, sondern auch über das eigene Land hinaus auf andere Nationen. Und da es gar nicht zu vermeiden sein wird, daß deutsche Filme ins Ausland gehen, so müßte uns erst recht daran liegen, durch sie Geschmacks- und Tüchtigkeits, den Sinn für Qualität und gute Lebensart zu zeigen.“ Von solcher Aussicht sind wir weit entfernt. Im Gegenteil, erst kürzlich hat einer der Abgeordneten, dem in dem Film-Zensur-Ausschuß der Nationalversammlung Filme vorgeführt worden sind, gesagt, daß es erschreckend sei, wieweit ungeheurer Schmutz in einem Bildstreifen aufgetragen werden kann. Der Gedanke, daß ein Teil dieses elenden Nachtwortes unreifen oder in der Entwicklung begriffenen Menschenkindern vorgeführt werde, lasse einem manchmal vor Scham das Blut zu Kopf steigen.

Die vom Film ausgehende Volksvergiftung und die Verwahrlosung des Volkes, die sich am Massenbesuch des Kinos zeigt, hat Veranlassung gegeben, in die Verfassung der deutschen Republik einen Paragraphen zu bringen, der sagt: „Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur, sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig.“ In Verfolg dessen hat die Regierung der Nationalversammlung ein Gesetz über die Filmzensur vorgelegt. Nach diesem Entwurf dürfen die Bildstreifen nur vorgeführt werden, wenn sie zugelassen sind. Die Zulassung wird erteilt, wie es in der Fassung des Ausschusses heißt, wenn die Prüfung ergibt, daß die Vorführung des Bildstreifens geeignet ist, durch Anreiz zu Straftaten die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden, die Religion oder religiöse Einrichtungen herabzuwürdigen; oder durch Erregung niedriger Triebe verhöhrend oder entmenslichend zu wirken, oder das deutsche Ansehen oder die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden. Die Zulassung darf wegen einer politischen, sozialen, religiösen, ethischen oder Weltanschauungsgegenstandes als solcher nicht verweigert werden. Die Zulassung darf nicht verweigert werden aus Gründen, die außerhalb des Inhalts der Bildstreifen liegen.“ Jugendliche unter einer bestimmten Altersgrenze — im Entwurf sind 17 Jahre festgelegt — sind von der Beschäftigung derjenigen Bildstreifen auszuschließen, von denen eine schädliche Einwirkung auf ihre sittliche, geistige oder gesundheitliche Entwicklung oder eine Überreizung ihrer Phantasie zu befürchten ist. Die Zulassung der Bildstreifen, der Titel, der verbindenden Texte und der Kastenplanke hat für das ganze Reich Gültigkeit. In besonderen Fällen kann die Ortspolizei mit einem Verbot eingreifen, wenn sie besondere Gefahren für die Vorführung eines Films gerade in ihrer Gemeinde befürchtet.

Die Prüfungsstellen sollen sich aus Beamten und aus Sachverständigen, die ihrerseits aus den Kreisen des Lichtspielgewerbes, den Kunstfachverständigen und den Vertretern von Volksbildung und Jugendpflege entnommen sind, zusammensetzen. Jede Prüfungsstelle soll aus drei Mitgliedern bestehen. Gegen das Verbot eines Bildstreifens können die Filminteressenten innerhalb zwei Wochen Beschwerde bei der Überprüfungsstelle, die aus fünf Mitgliedern, darunter vier Sachverständigen, besteht, einlegen. Die Entscheidung der Überprüfungsstelle soll endgültig sein. Für Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Gesetzes sind Gefängnisstrafen bis zu 2 Jahren und Geldstrafen bis zu 10 000 Mk., im Falle der Fahrlässigkeit Geldstrafen bis

zu 3000 Mk. vorgesehen, die von der Nationalversammlung wahrscheinlich noch erhöht werden.

Der Entrüstungsturm der Filmindustrie gegen den Gesetzentwurf ist ganz unangebracht. Ein sozialer Staat hat die Pflicht, besonders die Jugend vor moralischen Erschütterungen gegen das schrankenlose Gewährenlassen kapitalistischer Interessen zu schützen.

Da der Film nun einmal Eingang gefunden hat, ist es notwendig, an Stelle der Schundfilme etwas Gutes zu bieten und das um so mehr, als der Film eine Reihe wichtiger Aufgaben erfüllen kann. Der gute Film, ein dramatisches Gebilde, das auf das ausgesprochene Wort verzichtet und nur mit Situationen, mit Bewegung, mit Mimik arbeitet, muß aus dem photographischen Bilde entstehen, muß sich aus eigenen ästhetischen und technischen Gesetzen entwickeln und darf nicht länger in völliger geistiger Abhängigkeit sich auf die Auswertung von Romanen, Tragödien, Lustspielen beschränken. Er kann dem Städter das Meer und die Berge zeigen, kann ihm die Reize der deutschen Städtekultur und die Anmut und die Herrlichkeit eines deutschen Landschaftsbildes zeigen oder kann umgekehrt die Landbevölkerung mit unserer Industrie, mit der Farbigeit und Bewegtheit der Großstadt bekanntmachen und so den Horizont jedes Einzelnen erweitern. Das Kino kann uns in entlegene Kulturepochen einführen, kann fremde Länder und Völker, große historische Geschehnisse unmittelbar plastisch vor Augen stellen, mittelalterliche Ritterturniere so gut wie indische Fürstentümer, die russische Volkskultur so gut wie das Leben am Bosphorus. So kann der Film dazu dienen, die Einschränkung von Zeit und Raum zu überwinden und ganze Völker an dem Kulturleben anderer Nationen teilnehmen zu lassen. Naturwissenschaftliche Experimente können vorgeführt werden. Die Aufklärungsfilme, die heute durch ihren Mißbrauch einen schlimmen Ruf bekommen haben, können von großer Bedeutung für die sozial-hygienische Propaganda sein, es sei da z. B. nur an die Filme erinnert, die die Folgen einer guten Säuglingspflege falschen Maßnahmen gegenüberstellen.

Alle, die den Genesungsprozeß unseres Volkes beschleunigen wollen, finden eine wichtige Aufgabe in der Abwehr des Schundfilms, der Erörterung der prinzipiellen Möglichkeiten des Films und in der Förderung des guten Films.

Bewerkschaftliches.

Ein Deutscher Bauergewerksbund.

Mit Rücksicht auf die gewaltigen Aufgaben, die die Gewerkschaften in der kommenden Zeit zu erfüllen haben, plant der Bauarbeiterverein die Schaffung einer Einheitsorganisation für das gesamte Baugewerbe.

Er schlägt unter Wahrung der Eigenart der vorhandenen Berufsvereine folgende Richtlinien vor:

„In der Erkenntnis, daß der Arbeiterschaft aus dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufbau des Deutschen Reiches gewaltige Aufgaben erwachsen, die die einzelnen Fachverbände nicht erfüllen können, schließen sich die Zentralverbände der baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter zusammen zu einem Deutschen Bauergewerksbund.“

Der Bauergewerksbund gliedert sich örtlich über das ganze Reich in Fachabteilungen (Sektionen). Verschiedene Berufsstände bilden gemeinsam eine Sektion. Alle in einem Orte oder einem abgegrenzten Bezirk vorhandenen Sektionen bilden zusammen einen Verein: die Bauergewerkschaft. Die Obmänner der Sektionen bilden den Vorstand der Bauergewerkschaft. Alle Sektionen des gleichen Faches bilden je eine Reichssektion und deren Führer zusammen den Bundesvorstand.

Jede Bauergewerkschaft hat einen Vereinsausschuß zur Beratung des Vereinsvorstandes und zur Überwachung der

Geschäftsführung. Dem Bundesvorstand ist ein Aufsichtsrat übergeordnet, der aus Mitgliedern aller Sektionen und möglichst allen Landesstellen besteht.

Jede Reichssektion hält alle Jahre eine Vertreterversammlung, der Bund alle drei Jahre einen Bundestag ab. Die Abgeordneten zum Bundestag werden von den Vertreterversammlungen der Reichssektionen gewählt.

Der Bauergewerksbund soll die beruflich-wirtschaftliche Vertretung aller baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter sein. Er hat alle bisherigen und noch notwendig werdenden Kampfmaßnahmen und Unterstützungseinrichtungen zusammenzufassen und zu vervollständigen.

Als wichtigste neue Aufgabe wird ihm zugewiesen die Förderung der Sozialisierung der Baubetriebe und des gesamten Bau- und Wohnungswesens. Die Bauergewerkschaften sollen Pflanzstätten der Sozialisierung sein und sozialisierte Betriebe mit Rat und Tat unterstützen. Der Bundesvorstand soll zu diesem Zweck Forschungs- und Lehramt einrichten sowie alle Aufgaben erfüllen, die über die einzelne Bauergewerkschaft hinausgehen, auch Kapitalien ansammeln, um sozialisierte Betriebe in Gang zu setzen, wo die Hilfe der Gemeinden verweigert wird und wo die Unterstützung einzelner Bauergewerkschaften nicht ausreicht.

Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben reichen die Beiträge, die jetzt von den meisten baugewerblichen Verbänden erhoben werden, nicht aus. Auch da nicht, wo neben den eigentlichen Verbandsbeiträgen besondere Beiträge für die Verwaltung der Vereine erhoben werden. Das letztere wird auch fernerhin zweckmäßig sein schon aus dem Grunde, um den Bauergewerkschaften die größtmögliche Selbstständigkeit zu geben. Auch wird es richtig sein, daß die Bauergewerkschaften einen im Verhältnis zum Bundesbeitrag höheren Beitrag erheben als jetzt die Vereine (Zahlstellen) im Verhältnis zu den Verbandsbeiträgen. Schließlich ist in Rechnung zu stellen, daß bei der jetzigen Geldentwertung und des kaum zu erhoffenden Rücklaufes auf den alten Stand die Höhe der Streit- und Erwerbslosenunterstützung wohl verdoppelt werden müssen. Im übrigen wird die Beitragsgestaltung ja davon abhängen, ob und wieviel Stabsbeiträge man festsetzen will.

Als Reichssektionen dürfen zunächst ins Auge zu fassen sein:

1. Bauführer: Architekten, Ingenieure, Techniker, Poliere, Schachtmeister, Wertmeister.
2. Erdbauer: Schacharbeiter in Hoch- und Tiefbau (Straßen, Eisenbahnen, Kanäle, Tunnel, Schächte usw.).
3. Bauhilfsarbeiter: Arbeiter in Kalkbrennereien, Zementwerken, Ton- und Ziegelwerken, Kiesgruben und Steinbrüchen.
4. Steinhauer, Steinseher (Plasterer und Krammer) und Alpkalauer.
5. Maurer: a) Ziegel-, Stein- und Betonmurer (auch Kugel- und Fugler) im Hoch- und Tiefbau; b) Facharbeiter aller Art (Stuckateure, Gipser, Weißbinder, Kacheler usw.), Ofenseher, Kachelseher, Steinholz- und Holzseher, Klempner, Hilfsarbeiter zur Zubereitung und Heranschaffung der Baustoffe.
6. Installateure für Heizung, Licht und Wasser.
7. Zimmerer, Gerüstbauer, Einschaler und sonstige Holzarbeiter.
8. Dachdecker und Schornsteinfeger.
9. Maler und Anstreicher.

Der Zentralverband der Dachdecker, der sich bereits auf seinem Verbandstag im vorigen Jahre in Frankfurt a. M. im Prinzip für die Schaffung eines großen, sämtliche Bauberufe umfassenden Verbandes ausgesprochen hatte, begrüßt in der „Dachdeckerzeitung“ diese Richtlinien und gibt dem Bundesvorstand, daß die Vorarbeiten des geplanten Werkes recht bald zu einem günstigen Abschluß gebracht werden mögen.

Der Schandfleck.

„Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenbruder.“

(Fortsetzung.)

„Ich merk, du willst die Dini abpassen; was hast du auch davon? Komm doch lieber gleich mit!“

Der junge Müller aber schritt nur rascher den eingeschlagenen Weg dahin.

Magdalena war gerade bis zu dem Busche gelangt, der ihr jetzt den Blick des Reindorferhofes entzog, wie er sie einst vor Blüten von dort aus geküßt hatte.

Sie und ihren — Bruder.

Sie brach einen Zweig und trug ihn spielend in der Hand.

Hatte sie nicht einst gehört — von wem, das wußte sie sich wohl nicht mehr zu erinnern — daß unter den heidnischen Dörfern Geschwister zusammen geheiratet hätten, ja selbst Vater und Tochter, Mutter und Sohn? Und wozu es auch Brauch im Lande war, was mußten das für gottverlassene Leute sein! Keiner als die Tiere, die haben doch kein Bewußtsein, woher sie stammen und brauchen sich nicht darüber hinwegzusetzen, unter Menschen der gleiche Sinn jede Vertraulichkeit aus. Wie das nur einst möglich war? Und wäre es noch jetzt vor Gott und der Welt gestattet, wer vermühte es, dazu sich zu verstehen?

„Gewiß, der Vater gäbe mir recht und würde es nicht anders lassen!“

Daher hatte sie keine lebende Seele auf ihrem Wege angetroffen und noch lag derselbe, so weit sie blicken konnte, menschenleer vor ihr, aber jetzt wurde es, ihr im Rücken, auf der Straße lebendig.

Sie horchte auf, noch ziemlich ferne fuhr ein Wagen, die Darschaffenden lachten und die Luft wehte vor ihnen her und trug ihr die Rede zu und ließ sie die Worte erraten.

Ein Bursche sang:

„Der Birt, der wirt heut aus sein'n Haus
Gleich dahingewand die Buben hinaus.
Dinckel, willst ein'n hab'n, so lauf,
Derg die g'heut ein'n auf!“

Und eine Dirne sang zurück:

„Solche, die heuereit'n,
Sind mir nicht recht.
Sollt ich die Jed noch zähl'n,
No, wär nicht schlecht!“

Magdalena ging in die Fremde, ihr Blut suchte, und die fuhren zur Kirchweih, suchten ihre Freunde und waren wieder mit dem Jungen heim. Sie lächelte, weil die Dini so lustig waren. Unter dem war der Wagen näher gekommen, schon ein paar Mal glaubte sie sich beim Namen rufen zu hören, aber sie sah nicht zurück; jetzt schrie sie zusammen, weil plötzlich das Geschrei allig hinter ihr her polterte. Gewiß wollte man sie einholen. Sie aber schaute jede Begegnung und da sie eben am Ende des Grabens angelangt war, so ließ sie rasch eine Strecke Weges nach rechts fort.

Als sie aufatmend stehen blieb und sich umschah, hielt der Wagen am Rande des Feldes, ein Mädchen schaute sich hinter herab und begann rufend und winkend auf sie zuzukommen.

Es war die Reichebier Franzl.

Magdalena wartete, bis sie herankam.

„Ja, sag mir nur, um alles in der Welt, Dini, was treibst du denn? Ich schrei mich heiser, doch du nimmst nicht an, auf meinen Wagen aufsteigst und mit uns zur Kirchweih fährst, der du gibst kein Gehör und auf die Dini nimmst du gar keinen Rücksicht.“

Sie verstummte plötzlich, und sah Magdalena bedenklich an. Diese schickte ihr die vom Ranzen hochgehobenen Wangen und sagte: „Wie du mir gut verzeihst! Also du hast gerufen, warst gewiß auch du es, die gesungen hat auf dem Wagen.“

„Jesus, du fällst's Ding, du!“ schrie die Franzl. „Jetzt kenn ich mich an! Was machst du am Kirchtag auf der offenen Sandstrasse und mit einem Bündel noch dazu? Fort gehst du vom Ort, auf! Gott weiß, wie lang und langst kein Wort. Geh zu, ich bin recht bei dir!“

„Warum denn auch willst du fort? Schon ich hab' mich nur den Abschied erlösen wollen. Ich heit zu Zeit kann ich ja doch wieder mit uns gehen.“

„Wohin gehst denn?“
„In die Stadt.“
„Was machst denn dort?“
„In Dienst geh ich.“

„Du dem Reindorfer seine Jungste, die einzige, die er noch im Haus hat und seine Dini, die schon so alt sind und ihre Pflege brauchen, die lassen dich gehen?“

„Das heißt ja: daß dich jetzt nicht weiter aufhalten, Franzl, du willst tanzen und ich muß gehen, wir dürfen alligot hängen schauen, sonst kommst du zu kurz und ich zu spät.“

„Ah, das dummste Geyen hat Zeit, und wenn du es auch nicht verdrüßst hast um mich, so geleit ich dich doch ein Stück Weges.“

„So komm!“

Die beiden Mädchen hielten Schritt und gingen ziemlich rasch einher.

„Du, Dini,“ begann Franzl, „nimm es nicht für übel auf, aber sag, geht ja, du gehst wegen dem Müller Florian?“

„Mag schon.“

„Willst dich dem Vater ihm nicht geben?“

„Nein.“

„Ist gewiß auch deine Mutter dagegen?“

„Freilich.“

„Das ist recht grauslich von deinen Eltern. Schon, mir Dini! Weil sie keinen Gefallen mehr aneinander finden und sich leicht entbehren mögen, denken sie gar nicht, was wohl anfangs für ein Verlangen haben könnt und daß sie selber einmal nicht anders waren, sonst hätten wir nicht da auf der Welt herum. Ich denk, alle sollten sich doch immer erst bestimmen, ehe sie uns Jüngling mein lassen. Und gar bei euch zwei! Was ist denn an dem Müller Florian ausgefallen? Ist er nicht ein ordentlicher, braver Bursche? Hat er nicht, aber kriegt er nicht, daß er dich und kind vollaus ernähren kann? Geh, ich mag nicht darüber reden, sonst kommt mir der Keger! Ist das auch recht von deiner Mutter, daß sie kein Wort für dich einlegt, wo doch wir Mutter-leute zusammenhalten sollen, damit wir etwas gegen die Krammer ausrichten? Ist das auch gewiß von dem Vater? Ich meine schon, der ist auch nur im Sonntagrock, vor den Dörfern, Tag und Nacht trägt er einen Spewer mit einem hoch am Ellbogen und da guckt das Gesicht hervor und das ist seine ganze Schönheit für heute!“

„Mußt nicht ungebührlich reden von dem alten Mann, wo du doch nicht weißt, was eigentlich an der Sache ist, er hat nicht anders können.“

(Fortsetzung folgt.)

Forderungen, Rechte und Pflichten der werksfähigen Frau.

Die Gleichstellung in der Lohn- oder Gehaltszahlung mit dem Mann wird von den im Erwerbsleben stehenden Frauen gefordert. So berechtigt diese Forderung auch ist, der Erfolg ist bisher nur ein geringer gewesen. Erstlich dort, wo Männer und Frauen gemeinsam schaffen und gleiche Leistungen zu verzeichnen sind, finden wir einen Unterschied in der Bezahlung zugunsten der Frau. Wegen dieser geringeren Bewertung der weiblichen Arbeitskraft haben die Führerinnen der Frauenbewegung stets gekämpft, und neuerdings haben sich auch große Kreise aus den Reihen der Arbeiterinnen, Angestellten und Beamtinnen ihnen angeschlossen. Das nachdrücklich die Forderung dieses Unrechts zu fordern. Das gleiche Staatsbürgerrecht erleichtert ansehnlich den Kampf der Frauen um die wirtschaftliche Gleichstellung. Und die Rechte, die das Betriebsrätegesetz den Frauen verliehen hat, werden bei richtiger Anwendung und Ausnutzung zur schnelleren Erreichung des gestellten Zieles beitragen. Doch überleben wir auch nicht die Schwierigkeiten und Hindernisse, die uns noch recht oft den geraden Weg verstellen. Ganz abgesehen davon, daß die geringere Bewertung der weiblichen Arbeitskraft selbst in den Reihen der Frauen noch vielfach als ein zu beklagendes Unrecht nicht empfunden wird. Das Prinzip der gleichen Lohnzahlung bei gleicher Arbeitsleistung wird in bestimmten Berufen eine kaum nennenswerte Anrechnung erfahren. Aber Theorie und Praxis sind voneinander getrennt. Und da wir inzwischen wohl alle gelernt haben, uns auf den Boden des Tatsächlichen und Möglichen zu stellen, so wollen wir versuchen, uns etwas eingehender mit dieser Frage zu beschäftigen. Sein Raum fällt auf den ersten Blick, und grundsätzliche Anerkennung bedeutet noch lange nicht die Verwirklichung unserer Forderungen.

Zunächst einmal: Wie ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt beschaffen? Eine Arbeitslosigkeit in solchem Ausmaß, wie wir sie heute verzeichnen, ist noch nie dagewesen. Die Zahl der weiblichen Erwerbslosen ist erdrückend groß, die der männlichen noch größer. Wenn auch durch Anordnungen und behördliche Maßnahmen Frauenkräfte vom Arbeitsmarkt ferngehalten wurden, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Abnahme der weiblichen Erwerbslosen weit größer als die der männlichen ist. Die billigeren Arbeitskräfte ist auch heute noch die begehrteste. Ob nun in naher Zukunft eine Besserung in der Arbeitsbeschaffung eintreten wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Wir können nur hoffen, daß eine Besserung unserer Wirtschaftslage bald eintritt. Das Einarbeiten auf ein Sinken der Lebensmittelpreise ist leider vergebliche Mühe gewesen. Täglich erfahren wir eine weitere Preissteigerung der unentbehrlichsten Bedarfsartikel und die Knappheit sowie die starke Nachfrage werden es verhindern, daß in absehbarer Zeit eine Preisfestsetzung erfolgt. Auch die Steuerlasten werden in Zukunft weit mehr als früher auf die Lebenshaltung drücken. Eine Preisgabe unserer Lebensgewohnheiten ist daher unvermeidlich. Das aber wird wiederum zur Folge haben, daß große Schichten weiblicher Arbeitskräfte sich der Erwerbsarbeit zuwenden. Ist in diesem Augenblick das Angebot nicht größer als die Nachfrage, dann wird das Prinzip der gleichen Entlohnung auf erhebliche Widerstände stoßen. Ist reichliche Arbeit vorhanden, dann ist jede Arbeitskraft willkommen. Aber wir haben inzwischen gelernt, so richtig von der weiteren Entwicklung unserer Wirtschaft zu denken, und damit begeben wir auch den ersten Schwierigkeiten. Sind erst einmal die Bewegungen der Demobilisierungswirtschaft über die Einschränkung der Frauenerwerbsarbeit aufgehoben, dann muß damit gerechnet werden, daß findende

lose Ehefrauen in größerer Zahl sich lohnenden Erwerb suchen. Sei es, um die häuslichen Lebensbedürfnisse anstandslos zu erhalten, oder um dem Leben einen reicheren Inhalt zu geben. Diese Aufgabe wird eine glatte Erleichterung der gleichen Entlohnung weiblicher Arbeitskräfte ungemein erschweren. Der starke Zustrom zum Arbeitsmarkt wird trotz Anerkennung des Prinzips einen durchgreifenden Erfolg immer wieder verhindern. Und darum ist es auch in jetziger Zeit mit der Forderung nach wirtschaftlicher Gleichstellung allein nicht getan. Es muß nachhaltig dafür gekämpft werden.

Die Gewerkschaften als die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterinnen werden gewiß ihr Möglichstes tun, um den Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ durchzuführen. Aber die Arbeiterinnen, die weiblichen Angestellten, können weit mehr als bisher sich in Fabriken und Betrieben für die gleiche Entlohnung einsetzen. Das Betriebsrätegesetz gibt ihnen die Möglichkeit dazu. Jetzt sollen die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten zeigen, daß es ihnen bitter ernst mit ihrer Forderung ist. Von den Rechten, die das Gesetz den erwerbenden Frauen gewährt, darf keines freiwillig preisgegeben werden. Danach bleibt die größere Einwirkung der Arbeitnehmer nicht nur auf das Arbeitsverhältnis beschränkt, sie erstreckt sich auch auf die wirtschaftlichen Vorgänge im Betriebe. Die Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechts, bisher nur mittelmäßige Glieder, sind nun auch mitbestimmende Faktoren im Produktionsprozeß. Keine Arbeiterin und Angestellte darf sich der sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung des Betriebsgesetzes verschließen. Der leider so oft fehlende aber notwendige weibliche Einfluß in den Betrieben muß gesichert werden. Das wird geschehen, wenn die Frauen in den Betrieben, Arbeiter- und Angestelltenrat nur die geeigneten und fähigsten Kolleginnen wählen. Diesen Ratgeberfunktionen sind fest umgrenzte Aufgaben zugewiesen, an deren Lösung die weiblichen Arbeitnehmer ebenso interessiert sind, wie die männlichen. So soll u. a. der Arbeiter- und Angestelltenrat auch mitbestimmen bei der Festlegung der Arbeits- und Stundensätze, bei der Einführung neuer Lohnsummen, bei der Festlegung der Arbeitszeit und anderer mehr. Bei der Regelung dieser wichtigen Fragen ist die Mitwirkung der Frau nicht zu unterschätzen. Der Arbeiter- und Angestelltenrat soll aber auch, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, mit dem Unternehmer über Einstellungen und Entlassungen Rücksprache nehmen. Diese dürfen nicht bestimmen, daß die Einstellung von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht abhängig sein soll. Auch darf eine Kündigung wegen Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht nicht erfolgen. Das sind wichtige Bestimmungen, auf deren Einhaltung die weiblichen Arbeitnehmer dringen müssen. Unter keinen Umständen dürfen weibliche Arbeitnehmer den Betriebsversammlungen fernbleiben, da diese berufen sind, Wünsche und Anträge der in den Betrieben beschäftigten Personen für den Betriebsrat entgegenzunehmen.

Diese kurzen Hinweise sollen die weiblichen Erwerbstätigen nur anregen, sich weiter mit dem Betriebsrätegesetz vertraut zu machen. Bei konsequenter Wahrung aller Rechte, die das Gesetz gewährt, wird es der erwerbstätigen Frau die wirtschaftliche Gleichstellung sichern helfen. Und was noch wichtiger ist und alle ist: Wir brauchen schaffensfrohe, freie Menschen, die die Verpflichtung in sich fühlen, zum Wohle des Volksganges am Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Wirtschaftslebens mitzuarbeiten. Mit Hilfe des Betriebsrätegesetzes hoffen wir, diesem Ziele näherzukommen.

Schwerenfalls entspricht. Aber wo haben wir die regelmäßige ärztliche Überwachung des Kleinkindes? Wo die ärztliche Behandlung, die geordnete Pflege, die Kleinkinderernährung, die zahnärztliche Behandlung und sonst noch alles zu einer vollen Kleinkinderfürsorge gehört? In allen Gemeinden sollte die furchtbare Gefahr einer immer mehr zunehmenden Tuberkuloseepidemie im Kleinkinderalter in ernstester Weise zum schnellen Handeln mahnen!

Danziger Frühjahrsmesse 1920.

Ein Poststempel für die Messe. Wie bekannt, ist auf dem Messegelände ein eigenes Freipostamt eingerichtet, das auch einen eigenen Poststempel führt. Alle auf dem Messegelände ausgelieferten Briefschaften werden mit diesem Stempel, der die Bezeichnung „Danziger Messe“ und das Datum führt, versehen.

Die Polikation der Messe. Die Errichtung der Polikation hat es notwendig gemacht, daß auch auf dem Messegelände eine Poststelle eingerichtet wird, diese befindet sich im Hause Osten.

Kellame zur Danziger Frühjahrsmesse. Den Ausstellern und sonstigen Interessenten der Danziger Frühjahrsmesse ist in recht mannigfaltiger Weise Gelegenheit gegeben worden, die Kellame, Kellame zu führen. Der Messegelände, der am 16. Februar eröffnet wird, hat einen Umfang von über 500 Seiten. Die hiesigen Zeitungen geben besondere Messenummern heraus, die wichtige Gelegenheiten bieten, Kellame zu machen. Kellameumzüge mit Musik werden stattfinden und eine große künstlerische Plakatellame wird auf den Zugangsstraßen zur Messe und am Messegelände durchgeführt. Hier werden Kellameplakate angebracht. Wir machen auf Wunsch des Messeamtes besonders darauf aufmerksam, daß diese Plakatierung der Werbezentrale Bloß in Bremen, einer Tochtergesellschaft des Norddeutschen Bloß, übertragen worden ist, und daß gegen unbefugte Plakatierung, die nicht an den Aufhängestellen der Firma A. M. Hofmann oder von der Firma Werbezentrale Bloß ausgeführt werden, von der Polizei scharf eingeschritten wird.

Strenge Durchführung des Ausfuhrverbots. Die notwendigen Bedenkmittel für den Freistaat dürfen ohne Erlaubnis nicht ausgeführt werden. Wie der Vertreter des Magistrats in der Verhandlung mit den Fischern mitteilte, wird dieses Verbot streng durchgeführt werden und es wird vor einer Ueberziehung gewarnt. Die Ueberzieher werden verhaftet und mit Gefängnis bestraft. Außerdem haben sie den dreifachen Betrag des Wertes der ausgeführten Ware als Strafe zu entrichten.

Danziger Verfassungsfragen. Im dritten Satz des unter dieser Überschrift gestern veröffentlichten Artikels hat sich ein innerer Fehler eingeschlichen. Es muß dort heißen: Von der Art und Form der Verfassung hängt unser Einfluss auf Gesetzgebung und Verwaltung ab. Der aufmerksame Leser wird diese Entstellung bereits beim Lesen richtig gestellt haben.

Die Schornsteinfegergebühren. Auf dem Rathaus fand gestern eine Besprechung über die Schornsteinfegergebühren statt, zu der die Vertreter der Schornsteinfegerbetriebsgenossenschaft, des Hausbesitzervereins und des Mietervereins geladen waren. Die Schornsteinfeger waren nicht erschienen. Es wurde zunächst ohne sie verhandelt. Die Mehrgewinne sollen auf die Mieter umgelegt werden. Eine entsprechende Verordnung dürfte noch ergehen. Über die Höhe der Gebühren selbst wird noch weiter verhandelt. Die Handwerkskammer hat gemeinsam mit den Schornsteinfegern einen Gebührentarif als Richtpreis festgelegt, der sich auf die Zahl der Schornsteine stützt. Der Hausbesitzerverein aber hat mit den Schornsteinfegern einen Vertrag abgeschlossen, nach dem die Zahl der Feuerstellen maßgebend sein soll. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß es verteuert würde, wenn ein Meister nur einen Besellen habe, da der Meister selber nicht fege, sondern den Besellen nur beaufsichtigt. Ferner wünschte man eine Gleichrichtung der Kontrolle über das tatsächliche Fegen, da nur für tatsächlich geleistete Arbeit Bezahlung erfolgen könne. Als der gangbarste Weg wurde angesehen, nach weiterer Verhandlung einen Gebührentarif durch den Magistrat festzusetzen.

Der Verein Arbeiterjugend. Der Verein veranstaltet am Sonntag, den 15. Februar, um 6 Uhr im Jugendheim Weichmündchenstraße 1-2 eine Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bestätigung des Vorstandes. 2. Rapport. 3. Monatsprogramm. 4. Vergnügen. 5. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jeden Mitgliedes, an der Versammlung teilzunehmen. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Einladung.

Gerihtsede.

Ein neuer Akt der Dieberei. Das vielfach vorbestrafte Dienstmädchen Marie M. in Danzig verurteilte sich in Joppo und Danzig sechsmal hintereinander zu dem Zwecke die neue Stelle anzutreten, die Herrschaft zu bestehlen und dann fortzulaufen. Außerdem entließ sie sich dem einen Stüttemädchen einen leiblichen Mantel, ohne ihn abzugeben. Die Strafkammer verurteilte sie zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Aus dem Freistadtbezirk.

Der Revolver des Herrn Agrariers.

In Gidwalde im Marienburger Kreise — Freistadtgebiet — brach am Mittwoch früh ein dristlicher Proteststreik aus. Der Protest richtete sich gegen die Kündigung des Vertrauensmannes Grotowski. Die Arbeitergesellschaft erklärte in der Kündigung eine Maßregelung und forderte die Zurücknahme. Bei der Proklamierung des Proteststreikes erregte sich auch ein Zirkel. Es soll sich ein Befehl der Arbeiter mit dem Revolver in der Hand entgegengekehrt haben. Die Arbeiter nahmen ihm die Waffe fort, wobei Schüsse geschossen wurden. Es wurden wohl aber nur Schreckschüsse abgegeben, denn Verhandlungen sind glücklicherweise nicht zu verzeichnen. Nachdem sich so die Bewegung Luft verschafft hatte, trat Ruhe ein. Am Abend jedoch wurde seitens der Arbeiter einmündig eine Hausdurchsuchung nach Waffen vorgenommen. Diese schaffte keine Erregung. Über die Schüsse sowie über die durchaus unberechtigte Normierung einer Hausdurchsuchung wird Untersuchung geführt werden müssen. Da man wohl mit weiteren Zwischenfällen rechnen, wurde mit dristlicher Schärfe von Danzig angefordert. Im Auftrage der Parteileitung hielt Genosse Löwe in Marienburg noch gestern Abend eine Versammlung mit den Streikenden ab. Am heutigen Vormittag wird der Landarbeiterverband Verhandlungen zur Beilegung des Streikes führen. Da die Ruhe und Ordnung nicht mehr gefährdet ist, sondern eine friedliche Lösung erhofft werden kann, sind weitere Schutzmaßnahmen überflüssig.

Lokales.

Tower zur Auslieferung Sahms.

Schon am Mittwoch berichteten wir über das Eintreffen des vorläufigen Kommissars des Völkerbundes zur Verwaltung der Freien Stadt Danzig, Reginald Tower, und gaben die Rundgebung wieder, mit der er sich hier eingeführt hat. Ergänzend teilen wir dazu mit, daß die erwähnte Rundgebung die Erwiderung Towers auf die Begrüßungsansprüche des Oberbürgermeisters Sahm war. Dieser sprach dem neuen Herrn das Vertrauen der städtischen Verwaltung aus und ersuchte ihn um Gerechtigkeit und den Schutz der Souveränität der Stadt.

Wie die „D. Z.“ wissen will, äußerte Tower sich später noch zu der bekanntlich von den Polen geforderten Auslieferung des Oberbürgermeisters. Er soll diesen gefragt haben: „Was sagen Sie zu der Auslieferungssache, Sie sind ja ein gefährlicher Mann!“ Sahm soll erwidert haben, daß er der Enttarnung der Dinge ruhig entgegenstehe.

Es liegt uns sehr fern, aus dieser Äußerung des Vertreters der verbündeten Regierungen, in welcher Eigenschaft er nur erst der Vorläufer des Oberkommissars des Völkerbundes ist, voreilige Schlüsse zu ziehen. Doch kann man immerhin meinen, daß Tower der in keiner Beziehung begründeten Auslieferungsforderung der Polen nicht gerade freundlich gegenübersteht. Und das will uns immerhin nicht ganz nebensächlich scheinen für seine Stellungnahme in anderen Dingen.

Tower war früher englischer Vertreter in Argentinien. Die deutsche „La Plata-Zeitung“ beurteilte seine Haltung, als sie von seiner Bestellung für Danzig erfuhr, nicht freundlich. Sie betonte aber, daß er über gewandtes im freundliche Formen gekleidetes Auftreten verfügt und nicht leicht in seinen Absichten zu erkennen ist.

Die Mängel im polnischen Postbureau.

Die polnische Mission der hiesigen internationalen Kommission stellt in deren Büroräumen, Rennerstraße 11, die Pässe für die Danziger aus, welche die Grenzen des Freistaats passieren wollen. Diese Notwendigkeit tritt bei den nun einmal bestehenden Verhältnissen sehr häufig für viele hiesige Bürger ein. Sogar für die einfache Reise nach Dirschau werden doch die Ausweise gebraucht. Es mehren sich nun die Klagen darüber, daß die Pässe nur unter großen Schwierigkeiten zu erlangen sind. Weist erfolgt die Zurückweisung, weil das Bureau nicht mehr geöffnet ist.

Die polnische Mission erklärte gegen diese Klagen öffentlich, daß sie daran nicht schuld sei, weil der Magistrat ihr keine entsprechenden Räume zur Verfügung stelle. Wir geben gern die darauf erteilte Antwort des Magistrats wieder, daß er bei dem großen

Wohnungsmangel solche Räume selber nicht ausfindig machen könne.

Es muß nun auffallen, daß die Mission in ihrer Beschwerde gänzlich auf den Hauptpunkt eingeht. Sie läßt die Tatsache, daß sie die Abfertigung bloß an 2 Stunden täglich vornimmt, ganz unerwähnt. Gerade dieser Umstand verschuldet es, daß viele Leute weite Wege zwecklos machen müssen, was heute aus vielen Gründen nicht gleichgültig ist. Die besagten Schwierigkeiten wären ferner leicht zu lösen, wenn die Abfertigungszeit, wie schon ein anderes Danziger Blatt gefordert hat, entsprechend verlängert würde.

Trotz der bereits erfolgten öffentlichen Kritik bessern sich die Mißstände bei der Ausstellung dieser für 14 Tage gültigen Passausweise immer noch nicht. Heute erhielten wir eine Beschwerde, daß ein Antragsteller sogar gestern noch am Vor- und Nachmittage insgesamt 4 Stunden warten mußte, ehe er das Papier erhielt. In allem übrigen möchten wir aber gern wissen, woher diese polnische Stelle das Recht zur Erteilung der Pässe herleitet. Nach dem „Friedensvertrage“ steht es ihr sicher nicht zu. Unseres Erachtens haben diese Befugnis nur die städtischen Behörden in Wahrnehmung der Rechte des Freistaats.

Bezirksversammlungen.

11. Bezirk (Humboldt): Am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, im Lokal Schumannstraße. Referent: Stadtrat Dr. Behrend.
14. Bezirk (Weichmündchen): Am Montag, abends 7 Uhr, im Lokal Jüdischer (früher Heppner). Tagesordnung: Vortrag: Eingangsfrage, Erziehung der Bezirksleitung, Verchiedenes.

Die Seuche der proletarischen Kinder.

Durch die Kriegsverhältnisse hat die Tuberkulose bekanntlich eine gewaltige Ausbreitung erfahren. Und ganz besonders sind es die Kinder und unter ihnen vor allem die proletarischen Kinder, die unter ihr zu leiden haben. Das läßt uns schon ein kurzer Blick auf die Tuberkuloseentwicklung vor dem Kriege erkennen. Während die Tuberkulose damals im ganzen um mehr als 50 Prozent abgenommen hat, konnte im Kindesalter von einer Abnahme nichts festgestellt werden. Wie werden die proletarischen Kinder da heute von der Tuberkulose befallen sein?

Nach der Zählung von 1910 betrug die Zahl der Kleinkinder in Deutschland eine acht Millionen, das heißt das Vierundsechzigfache der Säuglinge. Während man sich aber um die Säuglinge schon seit langem mehr oder weniger in den Kommunen kümmert, ist das Verhältnis für die Kleinkinderfürsorge erst jetzt im Entstehen. Und dabei ist die Zahl der Kleinkinder allein vierundsechzigmal so groß, wie die der Säuglinge. Und nach den statistischen Angaben sind von den acht Millionen Kleinkindern in Deutschland fünf Millionen fürsorgebedürftig. Fünf Millionen Kleinkinder sind proletarische Kinder. Fünf Millionen entbehren der energischen, systematischen Fürsorge!

Ist es da verwunderlich, wenn allein auf die ersten sechs Lebensjahre ein Viertel bis ein Drittel aller Sterbefälle entfallen? Sollte das alles nicht zu denken geben? Und jedes Prozent des Kleinkindersterbens stellen die unglücklichen Kinder, die schon sowieso in jeder Beziehung verdrängt werden?

Die Tuberkulose wird in ganz veränderter Weise unter den proletarischen Kleinkindern wüten, wenn die kommunale Kleinkinderfürsorge nicht bald überall, in jeder, auch der kleinsten Gemeinde, fest eingeplant wird, wie es den modernen

Lokales.

Die Lage auf der Danziger Werft.

Von einem Werftarbeiter wird uns geschrieben: Das gestern von der „Volksstimme“ mitgeteilte Ergebnis der Abstimmung in der Patriciersversammlung von Mittwoch zeigte, wie sehr es sich richte, daß die Arbeiterschaft der Werft nicht vor der Schließung ihr Urteil durch eine Urabstimmung einwandfrei aussprechen konnte. Die große Mehrheit der über 4000 Mann starken Arbeiterschaft verurteilte durchaus die durch die terroristischen Treiberelen der Unabhängigen und ihres kommunistischen Anhanges auf der Werft eingerissenen Zustände. Die Arbeiterschaft will selbst ehrenhaft und anständig behandelt werden und verurteilt deshalb entschieden die Brutalisierung des auch von ihr geachteten Betriebsleiters, Professor Nos. Sie war auch nur das Werk einer im Banne der Unabhängigen und Kommunisten handelnden Minderheit, die sich keineswegs auf die Mehrheit der Arbeiterschaft berufen kann. Diese war deshalb auch durchaus bereit, den Direktor die auch vom Betriebsarbeiterrat empfohlene Genugthuung zu geben. Leider unterließ dieser die Veranstaltung einer Urabstimmung, die ihm und dem Beleidigten ein glänzendes Vertrauensvotum gebracht hätte. Es kam zu der Betriebsversammlung, in der die unabhängig-kommunistischen Quertreiber ihr gewissenloses Spiel mit dem Schicksal der Arbeiterschaft unbedenklich fortsetzten. Ein Teilnehmer jener Versammlung hat der „Volksstimme“ sehr richtig geschrieben, wie skandalös die revolutionären Drahtzieher sich dort benommen haben. Bei dem dort erzielten Abstimmungsergebnis trat ein, was nach der früheren Erklärung des Magistrats kommen mußte, er schloß die Werft. Nun beschäftigte sich die am Mittwoch abgehaltene Belegschaftsversammlung mit den vom Magistrat veröffentlichten Bedingungen für die Wiederaufnahme des Betriebes. Eben hatte noch ein Aufruf der Unabhängigen aus Anlaß der Werftvorgänge sich für die Gewerkschaften eingestellt. In der Versammlung zeigte sich wieder das bekannte Gegenspiel. Der Resolution der vereinigten Gewerkschaftsvorstände wurde eine unabhängige Resolution entgegengestellt, die sich gegen die schriftliche Weisung erklärte. Unscheinend erhielt diese auch mit 780 gegen 660 Stimmen eine geringe Mehrheit. Bei dem wieder recht eigenartigen Verlauf der Versammlung ist es mindestens sehr zweifelhaft, ob sich die Mehrheit der Versammelten auch tatsächlich für die unabhängige Erklärung entschieden hat. Ein nicht geringer Teil der Versammelten stimmte bedauerlicherweise garnicht ab. Aber nach gewerkschaftlichen Grundsätzen konnte die geringe Mehrheit von 100 Stimmen bei 1440 Abstimmenden in einer so wichtigen Frage doch überhaupt nicht eine Belegschaft von 4500 Mann verpflichten. Fordern doch die statutarischen Bestimmungen aller Gewerkschaften, auch mit gutem Vorbedacht, daß nur eine mindestens Dreiviertel-Mehrheit die Fortsetzung eines Streikes um. beschließen. Danach muß auch hier gehandelt werden und dann hat selbst diese Versammlung nicht die Aufnahme der Arbeit abgelehnt, sondern sie beschlossen! Folgt man dieser Ansicht nicht, so muß leider befürchtet werden, daß die Arbeiter sich überhaupt nicht mehr nach den Beschlüssen solcher Versammlungen richten, sondern tun, was sie selber für richtig halten. Das ist die größte Gefahr, die den Gewerkschaften insofern des undemokratischen Treibens der nur auf ihre Sonderabsichten bedachten „Linkradikalen“ droht.“

Diese ersten Befürchtungen des parteilosen Gewerkschaftlers scheinen sich auf der Werk leider schon erfüllt zu haben. Nach der „D. Z.“ haben sich gestern nachmittag 2 Uhr, ohne Rücksicht auf den Versammlungsbeschluss, 1800 Arbeiter zur Arbeit gemeldet. Bis heute mittag wird erwartet, daß sich zwei Drittel bis drei Viertel der Arbeiterschaft zur Verfügung stellt. Damit hat die unabhängig geschobene Taktik glatt Schiffbruch erlitten. Die „D. N. N.“ wissen aber bereits mitzutheilen, daß die nicht zu den freigewerkschaftlichen Verbänden gehörenden Gewerkschaften den Versammlungsbeschluss wegen der fehlenden Dreiviertel-Mehrheit als Aufnahme der Arbeit auffassen. Damit ist auch das gemeinsame Vorgehen aller Gewerkschaften in die Brüche gegangen.

Stellten wir nicht auch in dieser Situation im Interesse der Arbeiterschaft jede Zurückhaltung für geboten, so müßten wir uns gegen die linksradikalen Quertreibereien noch viel deutlicher erklären. Von den Arbeitern, die auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie stehen, erwarten wir endlich das Rückgrat, das sie sich nicht länger aus falsch verstandenem Solidaritätsgefühl von den unabhängigen Brüdern mißbrauchen lassen. Nur so kann das Vertrauen der Arbeiter in ihre Kraft und ihre Organisationen wiederhergestellt werden. Die Werftteilung wird, das müssen wir von ihr fordern, bei der Annahme zur Arbeit jede Rastlose vermeiden und nach den Richtlinien verfahren, die die Resolution der Gewerkschaftsvorstände empfohlen hat.

Erleichterter Eisenbahnverkehr zur Messe.

Die Eisenbahndirektion Danzig teilt uns heute mit: Vertreter der polnischen Eisenbahn-, Zoll- und Militärverwaltung haben gestern erklärt, den Verkehr auf der Strecke Sauerburg—Danzig nicht zu sperren. Sie sind ferner bereit, falls die zu erwartende Zustimmung von Warschau eintrifft, vom 15. v. Mts. ab bis zur Beendigung der Danziger Messe allfällige einen Durchzug von Berlin über Königs—Dirschau nach Danzig und zurück durchzulassen. Als Ausweis für Reisende sollen behördliche Bescheinigungen mit dem Zusatz „Zur Messe Danzig“ genügen. Sie werden an der Grenze und zur Rückfahrt in Danzig von polnischen Beamten mit Gültigkeitsvermerk versehen. Die Ausgabe von direkten Fahrkarten Berlin—Danzig und direct: Gepackabfertigung wurde gestanden. Zollabfertigung für Güter und Vieh kann nach Anlegung polnischer Zollplomben unterbleiben, wenn die Züge auf der Strecke Königs—Dirschau beginn. Sauerburg—Danzig nicht halten.

Polnische Vertreter werden zu vorstehenden in Kassaß ge-
halten. Die Zustimmung der Warschauer Ministerien durch
Hundspund einholen und bis morgen — Ebrichent — mittag
entschieden mitteilen.

Unsere Leser werden verstehen, daß es sich bei diesen recht erfreulichen Mitteilungen leider noch nicht um Zufüge, sondern erst um Ermärtingen handelt, die uns Warsaw durchwegs nicht be-
dürft werden müssen.

Die Breitlingsverjorgung Danzigs.

Für die Breiſſinge im Freistaatsgebiet ist den Fischern ein Erzeugerhöchſtpreis von 1 Mark für das Pfund vorgeschrieben. Die Fischer sind mit dieser Regelung jedoch nicht zufrieden. Sie haben einſtweilen das Fiſchen eingestellt, da der Fang unergiebig ſei, und ſie verhandeln mit dem Magiſtrat. Die Fiſcher geben an, im Freistaat würden Breiſſinge aus Schleſien gefaſſen eingeführt, die hier mit 2,85 Mark das Pfund verkauft werden. Wenn dieſe Auslandsfiſche ſo teuer ſind, dann wollen die hieſigen Fiſcher auch einen höheren Preis haben, beſonders da die hieſigen Breiſſinge friſcher und deſhalb beſſer ſind. Weiter wollen ſie den Verdienſt der Händler möglichſt für ſich haben oder doch unmittelbar an den Magiſtrat oder die Verbraucher liefern. Die Zahl der Fiſchhändler vergrößerte ſich mehr und mehr. Ferner will man das Räuchern ſelber beſorgen. Den Fiſchern iſt nun geſtattet, für die Fiſche, die ſie aus dem Freistaat ausführen dürfen, einen höheren Preis zu nehmen. Jetzt wünſchen ſie, daß ihnen geſtattet wird, 85 Prozent ihres Fanges aus dem Freistaat auszuführen. Sie wollen darauf hin, daß für die Netze und das Gel für die Motorboote ungeheure Rückerpreiſe genommen werden, wegen nicht eingeleiteten werde. Ferner verlangen die Verkäufer dieſer Waren Gold und Silber, ſtatt Papiergeld, was eine Verbilligung des Rückerpreiſes bedeutet. Da Gold und Silber jetzt zu einem höheren Preiſe von der Reichsbank aufgekauft werde. Bei einer Beſprechung mit einem Magiſtratsvertreter wies dieſer darauf hin, daß 25 Prozent des Fiſchfanges zu dem Preiſe von 1 Mark an die Händlerorganisation geliefert werden müſſe. Für weitere 25 Prozent würden als Prämie 1,50 Mark für das Pfund bezahlt, und dieſe Breiſſinge würden dann geräuchert. Der Reſt von 50 Prozent könne zu einem etwas höheren Preiſe ausgeführt werden. Der Kleinverkaufspreis ſei für friſche Breiſſlinge 1,25 Mark und für geräucherte Breiſſlinge 4,50 Mark. Von Verbraucherſeite wünſchte man den ganzen Breiſſingfang im Freistaat zu behalten, da hier die Fiſche ſehr knapp ſind.

Die Verhandlungen wurden am nächsten Tage fortgesetzt. Der Vertreter des Magistrats erklärte, daß er sich mit der Frage der Beschaffung von Fischereigeräten beschäftigen wolle. Die Fischer wiederholten ihre Wünsche. Der Verbrauchervertreter wünschte die Fischerei im Freizeitgebiet so erziehbildend wie möglich zu machen, da das Grenzfeld unentgeltlich zur Verfügung stehe. Der Vertreter des Magistrats erklärte zum Schluß, daß er eine größere Menge als 50 Prozent der Breitlinge zur Ausführung nicht freigeben könne.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen, die vor dem Bucherausschuß stattfanden, wurde über die hohen Salzpreise geklagt. Die Höchstpreise für Salz sind vor einiger Zeit verfuhrswieße aufgehoben worden. Die von den Vertretern der Händler vertretene Ansicht, daß eine wesentliche Erhöhung des Preises nicht eintreten werde, hat sich nicht erfüllt, vielmehr werden statt 20 Pfg. schon 30 und 36 Pfg. für das Pfund Speisesalz gefordert. Es wurde geltend gemacht, daß eine Erhöhung der Salzpreise durch die Salinen seit Aufhebung des Höchstpreises in Dänzig nicht bekannt geworden sei, also offenbar ungeschäftsmäßige Preissteigerung vorliege. Tatsächlich sind aber Preissteigerungen beim Bezuge von Salz eingetreten, wenn sie auch einen Preis von 35 Pfg. nicht rechtfertigen. Die Verbraucher sollten nur einzelne Fälle der Preisprüfungsstelle melden, damit die Preise nachgeprüft werden können. Die Preisprüfungsstelle wurde aufgefordert, nachzuforschen, ob der Großhandel oder Kleinhandel sich des Preiswuchers schuldig mache und Bestrafungen der Schuldigen herbeizuführen. — Einzelne Fälle auffälliger Preissteigerung für Gemüse und Rohlen wurden vorgebracht und Mißstände bei der Fleischarteilung besprochen. — In längerer Aussprache wurde die wachsende Teuerung der Kleiderstoffe erörtert. Die Preisprüfungsstelle hat bereits ihre Aufmerksamkeit zugewandt und wird alle geeigneten Mittel anwenden, um einen etwaigen wucherischen Ausbeutung der Verbraucher entgegenzuwirken. — Schließlich wurde darüber Besondere geführt, daß die Vorschriften, die zur Einschränkung des Lichtverbrauchs erlassen sind, von Gastwirtschaften und Langerestaurants vielfach nicht innegehalten wurden.

Danzig ist Ausland. Von amtlicher Stelle wurde mitgetheilt: Nachdem durch den in Kraft getretenen Friedensvertrag der Freistaat Danzig vom Deutschen Reich abgetrennt ist, haben für den Verkehr von und nach Deutschland alle jene Bestimmungen Geltung, die für den Verkehr mit dem Ausland getroffen sind. Innerhalb des Freistaates haben bis auf weiteres alle bisherigen Gesetze und Bestimmungen weiter Gültigkeit, insbesondere ist auch vorerst der deutsche Zolltarif maßgebend.

Die Königlich. Großer Andrang herrschte gestern bei der Beizeitabnahmestelle in Sangfuh. Die Bauern aus dem Abtreibungsgebiet wollten ihren Geißer noch in letzter Stunde ablösen. Nicht aus reinem Patriotismus, sondern weil die Polen mit Beschlagnahme zum Preise von 20 Mark drohen und solche Beschlagnahmen auch schon ausgeführt haben. Und die deutsche Regierung zahlt ganz erheblich höhere Preise.

Das unbekannte Buchergericht. Das Buchergericht des Landgerichts II besaßte sich idnast bei seiner ersten Tagung auf Antrag des Vertheidigers eines Anmelanten mit der Frage der Gültigkeit der Bucherverordnung. Auf die Ausführungen des Rechtsanwalts Justizraths Dr. Davidsohn beschloß das Gericht sich zu vertagen und seine Entscheidung in acht Tagen zu verhängen. Das Buchergericht hat sich heute dahin entschieden, daß der Artikel 1 der Bucherverordnung, der sich mit der prozessualen Regelung des Bucherverkäufers beschäftigt, rechtungillst ist. Die Begründung des Beschlusses werden wir demnächst veröffentliden.

Hilfswort. Zu einem Zwischenfall kam es nach einer Meldung der „D. Z.“ im hiesigen Martelsaal. Als französische Offiziere in den Martelsaal eintraten, wurden sie von jungen Buriden in polnischer Sprache belästigt. Diese wüßten und bezeugten sie auch nicht. Der von den Offizieren herbeigekommene Sicherheitswache gelang es nicht, die Namen festzustellen.

Ein gefährlicher Held. Der Maschinenfchloffer Robert S. in Mainz, Rheingasse, hatte sich mehrerer Ausdröhungen wegen vor der Strafkammer zu verantworten. Er war auf der Straße und schloste hier mit einem offenen Dolchmesser umher. Dabei be- schloste er Soldaten und beschloste sie als Rottzucht. Ein Unterwachsmann der Sicherheitswehr vernahm ihn zur Reue und überbrachte ihn auf, in seine Wohnung zu gehen. Der Angeklagte hat- te sich schließlich auch, ging aber doch wieder heraus, um sein Glan- zvolles fortzusetzen. Als die Sicherheitswehr ihn verhaften wollte, ging der Angeklagte mit seinem Messer auf den Unter- wachsmann los und veranlaßte diesen so schwer, daß er zu dem Verhäftniss nach nicht erheben konnte. Der Angeklagte ist also verurtheilt, darunter mit 5 Jahren Zuchthaus für eine Körperverletzung mit Todesgefahr. Das Gericht verurtheilte ihn zu drei Jahren Gefängnis.

Abgabe von Lebensmitteln. In der heutigen Nummer unserer Zeitung werden wiederum die Lebensmittel bekannt gemacht, die am Sonnabend und im Laufe der nächsten Woche zur Ausgabe gelangen.

Der deutsche Metallarbeiterverband erläßt in dem Angeigentheil unserer heutigen Zeitung mehrere Bekanntmachungen. Wir verweisen unsere Leser darauf.

Polizeibericht vom 13. Februar 1920. Verhaftet: 25 Personen, darunter 6 wegen Diebstahls, 6 wegen Schleierei, 1 wegen Erpressung und 1 in Polizeifast. — Gefunden: 1 Wammschneiderlein, enthaltend Postemonaie mit Geld und Posteingelieferungsschein, abgeholt aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums innerhalb eines Jahres in der Zeit von 9—1 Uhr vormittags.

Standesamt.

Todesfälle: Schloffer, Schätze im Ref.-Inf.-Regt. 238. Bruno Albert Hofemann, 20 J. 2 M. — Sohn des Bäderweikers Johannes Birt. 14 J. 6 M. — Frau Auguste Hipp geb. Manzey. 77 J. 6 M. — Schiffbauer Anton Schoenflieser. 66 J. 1 M. — Lehrer Bruno Woeile, 82 J. 4 M. — Schuhmacheremeister Johann Eggert. 66 J. 7 M. — Unverheirat. Anna Waldow. 78 J. 5 M. — Kaufmann Walter Rehler, 18 J. 9 M. — Sohn des Kaufmanns Oscar Petersen. 4 M. — Rentienpächter Hermann Anusowski, 75 J. 4 M. — Seemann Hermann Bedmann, 22 J. 1 M. — Schmied Emil Grulls, 24 J. — Invalide Valentin Wittwerd, fast 76 J. — Frau Theresie Uhrheimer geb. Salowski, 41 J. — Frau Maragrethe Brann geb. Drosdowski. 47 J. 6 M.

Wasserstandsnachrichten am 18. Februar 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	2,68	2,74	Dieckel	2,91	3,06
Fordon	2,49	2,58	Dirkhan	3,28	3,42
Calim	2,46	2,58	Einlage	2,74	2,82
Graudenz	2,85	2,76	Schleusenhorst	2,70	2,82
Kurzebrack	2,01	3,10	Wolfsdorf	0,06	Sto-
Montaurerhöhe	2,77	2,91	Unwachs	1,11	run-

Aus dem Freistadtbezirk.

Liegenhof. Auf einen Dringlichkeitsantrag des Magistrats hin, beschloß die hiesige Stadtverordnetenversammlung die Erwerbslosenunterstützung in dem bisherigen Umfang nur noch bis zum 14. Februar 1920 zu zahlen, da der Staat dem Freistaat Erwerbslosenunterstützung nicht mehr zahlt. Vom 16. Februar ab bis einschließlich 28. Februar wird Erwerbslosenunterstützung nach den bisherigen Sätzen nur noch an verheiratete Erwerbslose, die in Liegenhof einen eigenen Hausstand haben, gezahlt. Nach dem 28. Februar 1920 kommt jede Zahlung von Unterstützung an Erwerbslose in Fortfall. — Dem widerrechtlichen Vorgehen des Magistrats und der Stadtverordneten von Liegenhof, die zu einer „Regelung“ der Erwerbslosenfürsorge, wie sie hier geschehen ist, keinen Schimmer von Berechtigung haben, werden die Regierungsinstitute des Freistaates heftigst recht nachdrücklich entgegnetreten. Nach dem Auspruch des Danziger Oberbürgermeisters trägt die Freistaatsregierung die zehn Anträge der Erwerbslosenunterstützung, die bisher das Reich zahlte. Zu dem Liegenhofer Vorgehen liegt also auch rechtlich kein Grund vor. Die Niedererschlagung der Erwerbslosenfürsorge wirkt nur als eine Provokation gegen die Arbeiterschaft, der man die Grundeigenschaften des 9. November 1918 so langsam wieder entreißen will.

Aus dem deutschen Osten.

Inslerburg. Am 17. Februar beginnt in Inslerburg der 29. ostpreussische Stichtag. Auf der Tagesordnung der sich über zwei Tage erstreckenden Tagung stehen u. a. folgende Punkte: Die Kohlenversorgung Ostpreussens, die Anteilnahme der freisangehörigen Städte an den Ueberflüssen der Kreislandmannschaftsverbände, die Neuordnung der Gemeindefinanzen u. a.

Zusf. Die Gefahr eines Metallarbeiterstreikes in Lissa ist
insofern behoben, als sich Arbeitgeber und Arbeiter auf die
Königsberger Sätze geeinigt haben.

Verantwortlich für den politischen Theil Ernst Coope, für den unpolitischen Theil Carl Schumann, für die Inserate Bruno Gwert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gohl & Co. Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oliva.

Fleischverkauf.

Der Fleischverkauf für die Woche vom 9. bis 15. Februar 1920 findet von Freitag, den 15. d. Mts., in den bekannten Fleischereien statt. Das Einheitsgewicht wird noch durch Aushang in den einzelnen Fleischläden bekannt gegeben. Kinder unter 6 Jahren erhalten die Hälfte. Gütlich sind die 10 Pfennig Anteile vom 9. bis 15. Februar 1920. Wer das ihm zustehende Fleisch bis Sonnabend, den 14. d. Mts., abends 7 Uhr nicht abgeholt, verliert das Anrecht darauf.

Es kommt wieder etwas Schweinefleisch mit zur Verteilung und zwar erhalten die Inhaber der blauen Ausweis-karten Nr. 415 — 425 für sich und ihre Haushaltungsangehörigen unter Anrechnung auf die ihnen zustehende Fleischration Schweinefleisch. Die Inhaber der Ausweis-karten Nummer 415—455 erhalten das Schweinefleisch bei Fleischermeister Heinrich Frommann.

456-507	bei	Fleischermeister	Walter Frommann,
508-547	"	"	Kohn,
548-570	"	"	Rub. Haber,
571-595	"	"	Doerks,
596-614	"	"	Gesche,
615-625	"	"	Felix Haber.

Die Verabfolgung des Schweinefleisches ist von jedem Fleischer durch Vermerk auf der Rückseite der Ausweiskarte zu kennzeichnen.

Die Inhaber der Fleischereien werden angewiesen, die in Empfang genommenen Fleischmarken am Montag, der 2. ds. Mts., genau gezählt und zu handtelt gepackt, auf dem städt. Lebensmittelamt einzuliefern.

Oliva, den 12. Februar 1920.
Der Gemeindevorsteher.
J. R. Schepfer.

